

Konrad-Adenauer-Stiftung Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
AUGUST 2004

**Aktuelle Umfrage: Kerry liegt vorn, oder auch nicht;
Außenpolitik wichtigstes Thema im Wahlkampf;
Die Prioritätenlisten von George Bush und John Kerry;
Präsidentschaftswahl mit Blick auf Lateinamerika;
Vernachlässigtes Lateinamerika?;
Voraussehbare Koreakrise;
John Kerry als Lebenselixier für die transatlantischen und
amerikanisch-südkoreanischen Beziehungen?;
Amerika auf dem Weg in den Bankrott?;
Gleichgeschlechtliche Ehe auf dem Boden der
Verfassung?;
Amerika scheidet sich an den wilden Sechzigern, sagen Bill
Schneider und Bill Clinton;
Überraschende Demographie;
What's New?**

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 7. September 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Aktuelle Umfrage: Kerry liegt vorn, oder auch nicht; Außenpolitik wichtigstes Thema im Wahlkampf; Die Prioritätenlisten von George Bush und John Kerry; Präsidentschaftswahl mit Blick auf Lateinamerika; Vernachlässigtes Lateinamerika?; Traurige Bilanz: die Beziehungen zwischen den USA und ihren südlichen Nachbarn; Vorsehbare Koreakrise; John Kerry als Lebenselixier für die transatlantischen Beziehungen?; John Kerry als Lebenselixier für die amerikanisch-südkoreanischen Beziehungen?; Amerika auf dem Weg in den Bankrott?; Gleichgeschlechtliche Ehe auf dem Boden der Verfassung?; Amerika scheidet sich an den wilden Sechzigern, sagen Bill Schneider und Bill Clinton; Überraschende Demographie; What's New?

Wenige Tage vor dem Parteitag der Republikaner in New York rechnen sich die Parteistrategen die Köpfe heiß. Die Wahl werde von ein paar Hausfrauen in Ohio entschieden, heißt es oft. So kreisen alle Gedanken um die Umfrageergebnisse aus den einzelnen Bundesstaaten. In den „Battleground“-states sind die Abstände zwischen Bush und Kerry so gering, dass sich der Wahlausgang unmöglich voraussagen lässt. Je näher die Wahl rückt, desto mehr müssen sich die Kandidaten in bestimmten Themenfeldern festlegen. Außenpolitik spielt erstmals seit dem Vietnamkrieg die wichtigste Rolle, wie der Council on Foreign Relations und das Pew Center in einer großen Studie herausgefunden haben. Einen überraschend hohen Stellenwert erhalten die Beziehungen zu Lateinamerika, was wohl daran liegt, dass die *Latinos* bald die größte Bevölkerungsgruppe der USA bilden werden. Weniger Nachrichten über den Irak lassen Platz für andere außenpolitische Probleme, die Nuklearkrise in Nordkorea beispielsweise. Was die internationalen Beziehungen Amerikas angeht, so setzen viele Experten die Hoffnungen auf einen möglichen Präsidenten John Kerry. Peter Petersen sieht sein Land in den finanziellen Bankrott schlittern; es sei teuer, eine Supermacht zu sein, schreibt er. Eine wichtige Entscheidung steht bald an: die über die Gesetzmäßigkeit der gleichgeschlechtlichen Ehe. Ein Rückblick auf beispielsweise Wade vs. Roe macht Glauben, dass der Oberste Gerichtshof die „Homo-Ehe“ unmöglich verbieten kann. Neue Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung überraschen die Demographen. Bei vielen Think Tanks hat es wichtige personelle Veränderungen gegeben.

Aktuelle Umfrage: Kerry liegt vorn, oder auch nicht

Mittlerweile gibt wohl niemand mehr etwas auf landesweite Umfragen. Der Ausgang der Wahl wird wohl von einer Handvoll Hausfrauen in Ohio abhängen, dem hart umkämpften Staat im Mittleren Westen, heißt es oft lakonisch. Die Strategen der Wahlkampagnen gehen davon aus, dass der District of Columbia und die 34 Staaten, die nicht als „Battleground“ angesehen werden, genauso abstimmen werden wie vor vier Jahren. Danach erhielt Präsident **George Bush** 189 und Senator **John Kerry** 172 Wahlmännerstimmen. Blieben also 177 Stimmen in den 16 umkämpften Staaten, um die Kerry und Bush ringen müssten. Um ins Weiße Haus einzuziehen, benötigt ein Kandidat 270 Stimmen. Dem renommierten **Zogby Interactive Poll** zufolge steht John Kerry in diesen Tagen bestens da; in 14 der 16 umkämpften Schlüsselstaaten

liegt er in Führung, was für ihn 324 (172 plus 152) Wahlmännerstimmen und damit den Einzug ins Weiße Haus bedeuten würde. Am 12. Juli hatte er es in der gleichen Umfrage auf 322 Stimmen gebracht. George Bush steht bei 214. Allerdings ist Vorsicht geboten: In fünf Staaten liegt Kerrys Führung im Rahmen des statistischen Fehlers. In Pennsylvania, Oregon und Washington übertrifft der Kandidat den Amtsinhaber bei Weitem; in Ohio jedoch hat der Präsident die Nase eindeutig vorn. Zählte man nur diese Staaten, dann gewänne Kerry 211 und Bush 209 Stimmen – 118 wären noch zu haben. In zwei äußerst wichtigen Staaten – Florida und Missouri – ist Kerrys Gewinnmarge so knapp, dass sie kaum der Rede wert ist, nämlich kleiner als ein Prozent. In fünf weiteren Staaten hat er nur drei Prozentpunkte Vorsprung. Gingen alle diese Bundesstaaten am 2. November doch an den Präsidenten, dann verbliebe dieser mit 274 zu 264 Stimmen im Amt.

Die genauen Zahlen (Stand vom 24. August 2004):

Starker Vorsprung für Kerry (≥10%)		Schwacher Vorsprung für Kerry (5-9%)		Knapper Vorsprung für Kerry (<5%)	
D.C.	77%	Washington	8%	Maine	4%
Massachusetts	26%	Pennsylvania	8%	California	3%
Rhode Island	24%	New Hampshire	8%	Tennessee	2%
New York	18%	Iowa	7%	Nevada	2%
Vermont	15%	Hawaii	7%	Florida	1%
Illinois	14%	Connecticut	7%		
Maryland	13%	New Mexico	6%		
Delaware	13%	Michigan	6%		
Oregon	11%	Wisconsin	5%		
New Jersey	11%	Minnesota	5%		
Starker Vorsprung für Bush (≥10%)		Schwacher Vorsprung für Bush (5-9%)		Knapper Vorsprung für Bush (<5%)	
Utah	45%	West Virginia	7%	Virginia	4%
Wyoming	40%	North Carolina	6%	Arizona	3%
Mississippi	31%	Ohio	5%	Arkansas	1%
Idaho	30%				
Nebraska	29%				
North Dakota	28%				
Alaska	23%				
Texas	21%				
Montana	20%				
Kansas	20%				
Oklahoma	19%				
Indiana	19%				
Kentucky	17%				
Alabama	17%				
South Dakota	16%				
Louisiana	16%				
Georgia	16%				
South Carolina	11%				

In Colorado und Missouri liegen Bush und Kerry genau gleich auf.

Quelle: <http://www.electoral-vote.com/aug/aug24-margins.html>.

Außenpolitik wichtigstes Thema im Wahlkampf

Zum ersten Mal seit dem Vietnam-Krieg bestimmt die Außenpolitik den Wahlkampf. Das Diktum des früheren House-Speakers **Tip O'Neill** wonach „all Politics local“ sei, scheint angesichts von „9/11“ und den Kriegen in Irak und Afghanistan seine Funktion verloren zu haben. Eine gemeinsame Studie des **Council on Foreign Relations** und des **Pew Research Center for the People and the Press** zeigt, dass sich Amerikaner wegen des internationalen Terrorismus ebenso sorgen, wie um die eigene Reputation im Ausland (<http://www.cfr.org/pdf/CFRPEW.pdf>). Im Verhältnis von zwei zu eins sehen die Befragten das Image ihres Landes außerhalb der Grenzen als ein großes Problem für die USA an. Mit der Lage der Dinge im Irak ist niemand so recht zufrieden; 59 Prozent geben Präsident Bush die Schuld an ihrer Desillusion; er habe zu schnell militärisch gehandelt, anstatt nach einer diplomatischen Lösung zu suchen. Allerdings: 60 Prozent unterstützen die Erstschlag-Doktrin der Regierung. 58 Prozent glauben, dass die US-Regierung noch immer keinen Plan für den Wiederaufbau des Iraks habe. Weitere Ergebnisse der umfangreichen Befragung: Fast die Hälfte der Amerikaner glaubt, dass die Regierung nicht genug unternimmt, um das eigene Land vor Terrorangriffen zu schützen. 43 Prozent meinen, dass Folter von Terroristen mitunter angebracht sein könne. Die Umfrageergebnisse – untermauert mit Kommentaren von den CFR-Experten **Lee Feinstein, James M. Lindsay** und **Max Boot** – finden auf 79 Seiten Platz und geben ein detailliertes Bild zur politischen Gemütslage in den Vereinigten Staaten.

Die Prioritätenlisten von George Bush und John Kerry

Die Experten des New Yorker **Council on Foreign Relations** warten mit einer besonderen Wahlkampfberichterstattung auf. Unter <http://www.cfr.org/campaing2004/index.php> finden sich nicht nur sämtliche Politikgebiete, die George Bush und sein Opponent John Kerry in diesen Tagen beschäftigen dürften, sondern auch Analysen, Reden und die so genannten Score-Cards. Diese stellen die Positionen der beiden Politiker gegenüber.

Richard Haass, Präsident des CFR, beschäftigt **Amerikas Rolle in der Welt**. Wahlkampffragen seien dabei unter anderem: Wie lässt sich die Ausbreitung von Atomwaffen stoppen?; wann ist ein vorbeugender Krieg gerechtfertigt?; was sollen die USA angesichts humanitärer Katastrophen tun?; wie kann das Land den globalen Handel stärken?; wie stark sollte sich Washington im Demokratie-Export engagieren?; was ist zu tun, um den weltweiten Antiamerikanismus einzudämmen? Die Antworten haben die Kandidaten zum Teil schon gegeben. Der Präsident hält an Präventivkriegen fest, wie sie die **Nationale Sicherheitsstrategie** von 2002 vorgibt. John Kerry anerkennt, dass diese Idee keine neue sei. Allerdings seien die Ausgangsbedingungen im Kalten Krieg andere gewesen, so Kerry. Präventivschläge, um einen Diktator aus dem Amt zu vertreiben, seien nicht seine Sache. Dem Credo der Neokonservativen folgend, sieht der Amtsinhaber im Export von Demokratie den „besten Weg“, um Amerikas Sicherheit zu gewährleisten. Sein Herausforderer steht in dem Ruf, der Real-Politik anzuhängen, manchmal komme Demokratieförderung erst an zweiter Stelle – wenn die Sicherheitsbedürfnisse erfüllt seien.

Die Fragen nach der **Energieversorgung** hat **Michelle Billig** vom CFR zusammengestellt: Wie kann Amerika seine Abhängigkeit von importiertem Öl verringern? Wie sollte es seine Beziehungen zu Öl produzierenden Ländern gestalten? Sollten die USA dem **Kyoto-Protokoll** beitreten? Bush wie Kerry wollen alternative Energien stärken und diesen Forschung fördern. Während der Republikaner den Abbau vorhandener fossiler Brennstoffe in der eigenen Hemisphäre – zum Beispiel in den Naturreservaten von Alaska – für sinnvoll hält, lehnt der Demokrat diesen ab. Der Präsident spricht sich für Steueranreize für Benzin sparende Autos aus; der Senator engagiert sich für eine Neuauflage des so genannten **Manhattan-Projekts**, wodurch Amerika unabhängig von Öl aus dem Mittleren Osten werden soll, allerdings ohne atomare Vorzeichen. (Das originale Manhattan Project aus dem Jahr 1942 war eines der größten militärisch-wissenschaftlichen Geheimprojekte der Geschichte, sein Ziel war die erste Kernspaltungsbombe). Beide Politiker setzen auf neue Wasserstofftechnologien zur Energiegewinnung. Kerry ist außerdem für das Kyoto-Protokoll, das allerdings einiger Änderungen bedürfe, wie er meint.

Das Thema **Einwanderung** steht auch in den USA oben auf der innenpolitischen Agenda; im Jahr 2002 war einer von neun Amerikanern im Ausland geboren, zum Vergleich: 1970 war es bloß einer von 20. Gerade die Wellen illegaler Einwanderer, vorwiegend aus Lateinamerika, verändern die Demographie des Landes erheblich, wie CFR-Vizepräsident **James Lindsay** in seiner Analyse schreibt. Die Fragen, die Bush und Kerry daher umtreiben dürften: Sollten die USA illegale Einwanderer legalisieren? Sind die neuen strengen Visumsregelungen für ausländische Studenten und Arbeitnehmer kontraproduktiv für die amerikanische Wirtschaft? Wie sollte sich das Land gegen illegale Einwanderer schützen? Kerry ist für einen schnelleren Einbürgerungsprozess, gut bezahlte und ausgestattete Grenzpatrouillen und die Legalisierung von illegalen Arbeitnehmern. Bush unterstützt ein Visumsprogramm für solche Arbeiten, die Amerikaner nicht erledigen wollen; er ist gegen eine Amnestie für illegale Einwanderer und für die verstärkten Visumsregelungen, die das **US-VISIT-Programm des Heimatschutzministeriums** eingeführt hat, z.B. Fingerabdrücke, Fotografien etc.

Präsidentschaftswahl mit Blick auf Lateinamerika

Lateinamerika beschäftigt in diesem Monat fast alle großen Think Tanks. Das liegt wohl nicht nur an **Hugo Chávez'** Sieg über das gegen ihn gerichtete Referendum. Die Zahl der *Latinos* steigt beständig, die am 2. November ihre Stimme abgeben dürfen. Für wen sie das tun, hängt zum großen Teil von den politischen Positionen der Kandidaten gegenüber Lateinamerika ab. Wie auch immer man sich gegen **NAFTA**, das zehn Jahre alte Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko, sowie der noch diskutierten **FTAA**, der Freihandelszone der Amerikas, wehren mag, eine *de facto*-Integration der beiden Kontinente besteht längst. Somit stehen auch die Themen fest: Behandlung von Einwanderern, grenzüberschreitende Sicherheit, Geldwäsche, Drogenhandel, Kapitalflüsse etc. Und auch Lateinamerika selbst bewegt sich, besonders Brasilien und Argentinien denken darüber nach, wie sie sich allein und gemeinsam gegenüber dem großen Nachbarn im Norden durchsetzen können. **Kenneth Maxwell**, der Lateinamerika-Experte beim **Council on Foreign Relations**, misst den nachfolgenden Fragen Bedeutung zu (http://www.cfr.org/campaign2004/issue_brief.php?issue=23): Wer würde von der FTAA profitieren? Sollte Washington den Drogenkrieg in Kolumbien weiterführen? Und was kann zuhause getan werden, um den Rauschmittelkonsum

einzuschränken? Braucht Lateinamerika einen Schuldenerlass, um stabiles Wirtschaftswachstum zu erreichen und die Demokratie zu stärken? Wie wird die „Kuba-Frage“ die Wahl beeinflussen? Die Positionen von Präsident **George W. Bush** und Senator **John Kerry** sind klar: Beide unterstützen den **Plan Colombia**, den die **Clinton**-Regierung ins Leben gerufen hatte. Bush will die militärischen Bemühungen verstärken; Kerry ist mit dem jetzigen Engagement zufrieden und sorgt sich um die Umweltschäden, die die Giftbesprühungen der Kokafelder mit sich bringen, und um die Verletzung von Menschenrechten in der Region. Beide Politiker unterstützen das Embargo gegen Kuba. Bush will es verstärken, gerade was Reisen angeht, und gleichzeitig Demokratieförderung betreiben. Kerry spricht sich für erleichterte Reisebedingungen und einen freien Informationsfluss nach Kuba aus. Der Präsident ist ein großer Anhänger der Freihandelsabkommen mit der Region; sein Herausforderer hält weitere Verhandlungen hinsichtlich der Arbeits- und Umweltstandards für notwendig.

Traurige Bilanz: die Beziehungen zwischen den USA und ihren südlichen Nachbarn

Vor über 12 Jahren begann das **American Enterprise Institute** mit einer Serie unter der Überschrift „U.S.-Latin American Relations: Where Are We Now“; jetzt hat **Mark Falcoff** das Thema wieder einmal Revue passieren lassen (http://www.aei.org/publications/pubID.20968/pub_detail.asp). Ob nun „9/11“ daran Schuld trägt oder die Gefahren, die von den so genannten Schurkenstaaten ausgehen, Lateinamerika steht definitiv nicht oben auf der Prioritätenliste amerikanischer Politiker. Zwar hat Senator und Herausforderer Kerry angekündigt, dass er einen jährlichen Entwicklungsfond von \$500 Millionen für Lateinamerika bereitstellen und der Region auch sonst größere Aufmerksamkeit schenken will, doch das haben schon viele Aspiranten vor ihm, meint Falcoff, der auch sonst an Kerrys Lateinamerika-Affinität zweifelt. Das Bild, das Falcoff von den Beziehungen der beiden Kontinente malt, ist ganz unabhängig von der US-Präsidentschaftswahl ein dunkles. So seien Lateinamerikaner desillusioniert durch Wirtschaftsreformen, Privatisierungen und dem, was sie sonst noch unter dem Wort „Neo-Liberalismus“ verstehen. Korruption auf allen Ebenen, vor allem politische, führt mittlerweile sogar zu Lynchmorden, wie die jüngsten Beispiele aus Guatemala, Peru und Bolivien zeigen. Der so genannte Washington Consensus – eine Verpflichtung, die

Volkswirtschaften zu öffnen – habe heute ausgedient. In Lateinamerika hänge man diese „unglückliche Zeit“ den „egoistischen, gierigen und unsensiblen“ USA an. Auch von der FTAA wollten nur noch wenige etwas wissen; lieber sähe man sich nach eigenen, in der Region verhafteten interregionalen Handelsabkommen um. Hinzu komme die allgemeine Abneigung gegenüber Präsident Bush. Während Lateinamerika auf der politischen Landkarte des großen Nachbarn im Norden also schrumpfe, stiegen die Ansprüche derer, die in den USA mittlerweile ein neues Zuhause gefunden hätten. Ein Widerspruch, so Falcoff, der sich nicht ignorieren lasse.

Vernachlässigtes Lateinamerika?

Nicole Mlade und **Paul James** vom sehr Demokraten-nahen **Center for American Progress** stellen sich naturgemäß an die Seite von **John Kerry**, wenn sie fordern, den „Schaden“ zu beheben und „unsere Verpflichtung gegenüber der Demokratie in den Staaten Lateinamerikas“ zu bekräftigen. (http://www.americanprogress.org/site/pp.asp?c=biJRJ8OVF&b=139408#_ftnref1_ftnref1). So bekräftige die **Bush**-Regierung – richtigerweise – immer wieder, dass Demokratie die Voraussetzung für Frieden sei, die eigene Hemisphäre vergesse sie dabei aber. Dort hätten die Amerikaner mittlerweile ihre Autorität als Verteidiger des Volkswillens verloren. In einer Zeit, da die Demokratie selbst zur Disposition stehe, habe die Regierung die Entwicklungshilfe zusammengestrichen und gleichzeitig ideologisch motivierte Tätigkeiten in Kuba finanziert. Die Ratschläge der Autoren an Präsident Bush: uneingeschränkte Unterstützung für Demokratie und Verfassungsordnung in Venezuela – trotz des Sieges von **Hugo Chávez** im Referendum um seine Abwahl; Beitritt zu und finanzielle Hilfe an **CARICOM**, die karibische Gemeinschaft, um die nationale Aussöhnung in Haiti voranzutreiben; weitere Bemühungen zur Zusammenarbeit auf dem Kontinent, vor allem mit Brasilien; Gründung eines Rates für Demokratie innerhalb der **Organization of American States (OAS)**.

Voraussehbare Koreakrise

Internationale Krisen oder gar Weltkriege brechen nicht plötzlich oder gar aus dem Nichts heraus aus, das hatte schon der britische Politikwissenschaftler **E.H. Carr** in seinem 1939 erschienenen Klassiker „The Twenty Years' Crisis“ geschrieben.

Voraussagbar sei auch die nordkoreanische Raketenkrise gewesen, schreibt **Nicholas Eberstadt** vom **American Enterprise Institute** in einem langen Artikel, der Ende des Monats auch im konservativen **Weekly Standard** erscheint (http://www.aei.org/news/newsID.21080,filter.all/news_detail.asp). Schon 1992 hatte Pjöngjang die Zusammenarbeit mit der **Internationalen Atomenergiebehörde** verweigert, im Jahr darauf war das Land aus dem 1968 geschlossenen **Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (Non-Proliferation Treaty – NPT)** ausgetreten, der die Basis für die Arbeit der Waffeninspektoren der Vereinten Nationen darstellt. Im März 1993 hatte **Kim Jong Il** dann den „halben Kriegszustand“ ausgerufen und gewarnt, dass ein wahrhaftiger Konflikt jeden Moment ausbrechen könnte. Zwar sei manche Variable heute an eine andere Stelle gerückt, doch die Krise auf der Halbinsel halte weiterhin an. Dabei hätten die meisten Akteure – die USA, Südkorea, Japan, China und Russland – ein großes Interesse an der friedlichen Beilegung. Doch genau wie im Europa der Zwischenkriegszeit, sei dieses Szenario das unwahrscheinlichste. Eberstadt kritisiert die Regierung Bush für ihre Nordkorea-Politik. Während die Führung in Pjöngjang keine Zeit auf dem Weg zur Atomwaffenmacht verlieren wolle, warte Washington nur ab. Zwei Jahre dauere die aktuelle Krise bereits an; zwei Jahre, in denen sich das Weiße Haus nicht darum gekümmert habe. Gleichzeitig habe das asiatische Land an seiner internationalen Reputation gefeilt, acht europäische Staaten, darunter Deutschland, sind auf dem Wege, ihre Beziehungen zu Nordkorea zu normalisieren, schreibt der AEI-Experte in seiner Analyse. Das alles dürfe aber nicht allzu viele Hoffnungen schüren – ein Blick zurück zeige, dass die Krise längst nicht ausgestanden sei.

Ted Galen Carpenter, Autor vieler Schriften über Nordkorea und Experte beim **Cato Institute**, schließt sich **Eberstadt** an (<http://www.cato.org/dailys/08-06-04.html>). Die nuklearen Ambitionen des kommunistischen Landes seien eine der größten Sicherheitsbedrohungen für die Vereinigten Staaten. Die Weltmacht müsse daher in allen Verhandlungen – wie kürzlich in der Secherrunde – daran festhalten, dass sie allen Bestrebungen Pjöngjangs auf diesem Gebiet ein Ende setze. Die Gründe seien klar: Eine weitere Atommacht in Asien würde die Region destabilisieren; der ewige Pleitegeier, der seine Runden über Nordkorea drehe, könnte das Land dazu veranlassen, Nuklearwaffen an terroristische Organisationen wie **Al Kaida** zu verkaufen. Und diese würden sie dann gegen Amerika einsetzen. Um die

Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu normalisieren, müssten die kommunistischen Herrscher allerdings mehr tun, als sich von den „Nukes“ zu trennen. Die Menschenrechtsslage sei katastrophal, wie **James Kelly**, der stellvertretende US-Außenminister für Ostasien, kürzlich vor dem Kongress ausgesagt hatte. Die Situation sei insgesamt vergleichbar mit dem nuklearen Patt zwischen der Sowjetunion und der USA, bevor die beiden Großmächte 1963 den **Atmospheric Nuclear Test Ban Treaty** unterzeichneten. Ein ähnlicher Vertrag sei mit Nordkorea möglich, denn auch seinerzeit hätten die Amerikaner Menschenrechte zugunsten von Sicherheitsüberlegungen übersehen. Gleichwohl habe sich diese Herangehensweise am Ende bewährt.

John Kerry als Lebenselixier für die transatlantischen Beziehungen?

Zwei prominente Transatlantiker hoffen, dass **John Kerry** die Wahl im November gewinnt. In einem Artikel für die **Brookings Institution** meinen **Philip H. Gordon**, Direktor des **Center on the United States and Europe der Brookings Institution**, und **Dominique Moisi** vom französischen **Institute for International Relations**: „Kerry Offers Chance of a Transatlantic Thaw“ (<http://www.brook.edu/printme.wbs?page=/pagedefs/d99e1174042eff3e6b2c27d50a1415cb.xml>). Allerdings sollten sich die Europäer keine allzu großen Hoffnungen machen; auch eine Administration Kerry werde sich nicht vom Unilateralismus verabschieden. Und die Amerikaner sollten nicht denken, dass Paris oder Berlin in ihrer Freude über eine mögliche Niederlage von Präsident **Bush** sofort Truppen in den Irak senden würden. Beide Seiten könnten im ersten halben Jahr der neuen Administration jedoch fünf Schritte unternehmen, um die transatlantischen Beziehungen genesen zu lassen: 1. Ton und Stil des Weißen Hauses sollten sich ändern. Bestrafung für legitime Differenzen in Sachen Irak sei durchweg kontraproduktiv. 2. Die neue Regierung sollte willens sein, die Kontrolle über den Irak zugunsten von Legitimität abzugeben, auch wenn die USA dadurch überstimmt werden könnten. 3. Als Präsident sollte Kerry dem Nahost-Friedensprozess viel mehr Aufmerksamkeit widmen und viel mehr politisches Kapital investieren. Der Glaube, die Straße zum Frieden führe durch Bagdad, sei schlichtweg falsch. 4. Kerry muss versuchen, Amerikas moralische Autorität wieder herzustellen. Stichworte hierfür sind Abu Ghraib und Guantanamo. 5. Washington sollte multilaterale Verträge respektieren und sich für sie stark machen. Und Europa? 1. Die Europäer sollten

ebenfalls über ihren Ton und ihren politischen Stil nachdenken. 2. Der alte Kontinent sollte konkrete Angebote hinsichtlich des Wiederaufbaus des Iraks machen. 3. Es muss sich zeigen, dass Berlin, Paris und Brüssel die Verbreitung von Nuklearwaffen als ernsthafte Bedrohung ansehen und beispielsweise den Iran trotz wichtiger Handelsbeziehungen in die Verantwortung nehmen würden. 4. Die EU sollte einen einseitigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen unterstützen und gleichzeitig finanzielle Hilfen bereitstellen. 5. Europa muss seine militärischen Verpflichtungen erfüllen.

John Kerry als Lebenselixier für die amerikanisch-südkoreanischen Beziehungen?

Die Beziehungen zwischen den USA und Südkorea stehen seit dem Amtsantritt von **George W. Bush** nicht zum Besten. Erst erteilte der amerikanische Präsident der „Sonnenscheinpolitik“ seines südkoreanischen Kollegen **Kim Dae Jung** ein Absage, dann zog er – ohne Rücksprache mit Seoul – ein Drittel der eigenen Truppen von der koreanischen Halbinsel ab und schuf damit ein ernstes Problem, wie **James Goodby** und **Donald Gross** in einem Meinungsartikel für die **Brookings Institution** schreiben (<http://www.brook.edu/views/op-ed/goodby/20040806.htm>). Falls der neue Präsident der USA **John Kerry** heiße, dann sei es an ihm, dieses Dilemma zu lösen. Denn allein im vergangenen Monat kündigte Washington den Abzug von weiteren 12500 Mann bis Ende 2005 an – obgleich Südkoreas Präsident **Roh Moo Hyun** mehrere tausend Soldaten in den Irak geschickt hatte. Seoul habe die amerikanische Regierung immer wieder dazu aufgerufen, ernsthafte Verhandlungen mit Nordkorea zu führen. Doch die Neokonservativen beriefen sich auf Zurückhaltung und stimmten nur zu, weil sie die eigene Isolierung in der Sechserunde fürchteten. Statt Südkoreas essentielle Sicherheitsinteressen zu respektieren, setzten sie auf „Regime-Change“, was sie dabei vergäßen, sei, dass Südkorea bereits nach einem neuen Beschützer Ausschau halte. Und dieser sei China. Eine Kerry-Administration müsste schnell agieren, um die frühere Allianz wieder herzustellen, denn auch Südkorea schreite voran und habe die eigene Zukunft im Blick. Die neue politische Klasse denke nicht mehr in den Kategorien des Korea-Krieges, dessen Ausgang das amerikanisch-südkoreanische Bündnis begründet hatte.

Amerika auf dem Weg in den Bankrott?

Peter Peterson, Ökonom mit Sitz im Aufsichtsrat des **Council on Foreign Relations**, dem **Institute for International Economics** und der **Blackstone Group** (er ist der Gründer dieser einflussreichen privaten Investment-Firma) fürchtet, dass Amerika auf längere Sicht im Bankrott enden könnte. In einem Artikel für die kommende Ausgabe von **Foreign Affairs** schreibt der frühere Handelsminister unter Nixon, dass drei Trends darauf hinweisen würden: die überwältigenden Kosten des Anti-Terror-Krieges, die zunehmende Abhängigkeit der amerikanischen Wirtschaft von ausländischem Kapital und das Altern in der industrialisierten Welt. Washington stehe vor der Herausforderung, seine globale Rolle zu stärken und gleichzeitig die Finanzen in Ordnung zu bringen. Eine Supermacht zu sein, koste viel Geld. Das **Congressional Budget Office** habe kürzlich ausgerechnet, dass derzeit laufende Militäraktionen (Irak, Afghanistan etc.) über die kommenden zehn Jahre insgesamt \$1,1 Billionen kosten werden, weitaus mehr also, als ein Jahrzehnt des neuen **Medicare**-Programms. Neue Militäraktionen seien nicht eingerechnet, obgleich ein **Gallup**-Poll gezeigt habe, dass einer von vier Amerikanern mit weiteren Aktionen rechnet. \$540 Milliarden borgten sich die USA jährlich im Ausland, um das eigene Defizit zu finanzieren. Ein Ende des jetzt schon unübertroffenen Außenhandelsdefizits ist laut **Federal Reserve Bank** und dem **Institute for International Economics** nicht absehbar, zumal die Sparrate beständig sinke. Vor 20 Jahren sei das Verhältnis umgekehrt gewesen, da waren die USA der weltweit größte Geldverleiher. Zwar hoffe man hier, dass das Ausland unbegrenzte Ressourcen zur Verfügung stelle, dieser Wunsch, so Peterson, ist aber unrealistisch, vor allem wegen der „Ergrauung“ der industrialisierten – ergo Geld gebenden – Welt.

Gleichgeschlechtliche Ehe auf dem Boden der Verfassung?

Die Wellen in Amerikas so genannter „Gay Community“ schlagen hoch, denn der Skandal um **James McGreevey** hat die Diskussion über die gleichgeschlechtliche Ehe neu entfacht. Der Gouverneur des Bundesstaates New Jersey, verheiratet und Vater von zwei Kindern, hatte sich Mitte August auf einer Pressekonferenz geoutet und damit auf die Anschuldigung reagiert, er habe einen Mann sexuell belästigt. An McGreeveys Beziehung zu diesem Mann hängt ein ganzer Rattenschwanz von Skandalen, die allerdings nichts mit den ehelichen Rechten von Homosexuellen zu tun haben. Doch das Thema ist wieder auf dem Tisch. Bislang entscheiden die Bundesstaaten, ob sie gleichgeschlechtliche Ehen zulassen. **Robert Bork**, Fellow

beim konservativen **Hudson Institute**, bezweifelt nicht, dass der **Supreme Court** auf dem Weg ist, diese Rechte in nationales Recht umzuwandeln (http://www.hudson.org/index.cfm?fuseaction=publication_details&id=3427). Bork glaubt, dass die Ehe und die Rechtsstaatlichkeit bei dieser Auslegung der Verfassung leiden werden: „Eine solche Entscheidung [i.e. zugunsten der gleichgeschlechtlichen Ehe] würde den anarchischen Geist extremer persönlicher- und Gruppenautonomie beflügeln, der der Grund für die kulturelle Degradierung in unserer Gesellschaft ist.“ Der Autor fürchtet, dass die „Alles-ist-möglich-Mentalität“ durch Gerichtsbeschluss in neue Höhen gelange. Nicht ohne Grund hätten **Byron White** (Richter am Supreme Court), **Rick Santorum** (Republikanischer Senator für Pennsylvania) und **William Bennett** (**Heritage Foundation** und Republikanischer Aktivist) deutlich gemacht, dass eine solche Entscheidung auch den Weg für Mehrfach-Ehen, Inzest und andere „sexuelle Arrangements“ freigegeben würde. Nun sind die drei Genannten für anmaßende Kommentare zu diesem Thema bekannt und auch dafür, dass sie sich der öffentlichen Meinung verweigern. Diese zeigt nämlich, dass sich die Zeiten geändert haben, wie **Karlyn Bowman**, die Umfrage-Chefin des **American Enterprise Institute**, in einer neuen Studie bestätigt (http://www.aei.org/docLib/20040708_Homosexuality4.pdf). So fanden 1973 rund 73 Prozent der Amerikaner, dass sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen desselben Geschlechts schlichtweg „falsch“ seien; 2002 hielten lediglich 53 Prozent diese Antwort bereit. Anfang dieses Jahres meinten gar 87 Prozent, dass Homosexuelle dieselben Bürgerrechte haben sollten wie alle anderen; 59 Prozent hätten auch nichts gegen einen schwulen Präsidenten, solange er qualifiziert sei für das Amt. Doch an der Ehe scheiden sich die Gemüter: 55 Prozent sind dagegen, 42 Prozent dafür. Die amerikanische Rechte will kein zweites **Roe vs. Wade** erleben – diese Entscheidung hatte 1973 die Abtreibung als „Privatangelegenheit“ definiert und damit legalisiert. Der Grundpfeiler dieses Beschlusses war das **14. Amendment**, das die Privatssphäre schützt. Die Logik: Wenn das 14. Amendment das Recht auf Abtreibung schütze, dann garantiere es wohl auch das Recht auf gleichgeschlechtliche Heirat. Um diese gerichtlich wohl kaum umgehbare Schlussfolgerung zu verhindern, streben konservative Aktivisten die Erweiterung der Verfassung an. Ein neues Amendment soll die Ehe unter den Schutz der Verfassung stellen. In dem Text, über den der **Kongress** abstimmen soll, heißt es: „Marriage in the United States shall consist only of the union of a man and a woman. Neither this

Constitution nor the constitution of any state shall be construed to require that marital status or the legal incidents thereof be conferred upon unmarried couples or groups.“ So sollen Aktivisten der so genannten „Homo-Ehe“ davon abgehalten werden, die Ehe zwischen Mann und Frau nach ihren Bedürfnissen zu definieren. Doch gegen ein solches Amendment sträubt man sich selbst in den konservativen Reihen. **George F. Will** zum Beispiel, der konservative Kolumnist der **Washington Post**, ist dagegen, dass die Verfassung „benutzt“ wird, um Sozialpolitik zu betreiben. Auch Wills Kollege **Charles Krauthammer** ist kein Fan der Homo-Ehe. Die Verfassung sei ihm aber zu „heilig“, als dass er sich deswegen für ihre Erweiterung ausspreche würde. Viel hängt von der Besetzung des Supreme Courts ab – und da der Präsident die obersten Richter ernennt, entscheidet zum Teil auch der Ausgang der Wahl am 2. November über die gesetzliche Zukunft der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in den USA.

Amerika scheidet sich an den wilden Sechzigern, sagen Bill Schneider und Bill Clinton

William Schneider, der eloquente Politik-Experte des **American Enterprise Institutes**, denkt in diesem Monat über die „zwei Amerikas“ nach, die vor allem **John Edwards**, Kerrys Mann für das Amt des Vizepräsidenten, in den Wahlkampf eingebracht hat (http://www.aei.org/news/newsID.21079,filter.all/news_detail.asp). Die Klassengesellschaft sei schon oft ein gefundenes Fressen für die Demokraten gewesen, meint Schneider. Dabei spalte sich Amerika nicht an der Habenseite, sondern an der Kultur. „Rot“ (Republikaner) versus „Blau“ (Demokraten) heiÙe nicht arm versus reich, gemeint sei eher konservativ versus liberal. **Bill Clinton** wisse genau, wo sich der Trennstrich ziehen lasse: in den sechziger Jahren. Wer auf diese Zeit zurückschauen und denken, sie habe mehr Gutes als Schlechtes gebracht, sei wohl ein Demokrat; wer's andersherum sähe, sei gewiss ein Republikaner. Ganz klar: Anders als Bush empfinde Clinton die Sechziger eher positiv. Doch, so Schneiders Frage, wo steht **John Kerry**? Dieser identifiziere sich nämlich mit den Werten der 1960er, meine damit aber nicht "sex, drugs, and rock 'n' roll", sondern „Glauben, harte Arbeit, Verantwortung und Chancen für alle“. Drum umwerben Bush und Kerry dieselben Leute, vornehmlich in den so genannten „Battleground“-Staaten des Mittleren Westens. Diese Gegenden, die hochnäsige Ost- und Westküstler gerne als „Überfluggebiete“ bezeichnen, sind vom „vergessenen Amerika“ zum

„favorisierten Amerika“ avanciert. Schade für die wirklich Armen dort, wo der Wahlausgang schon jetzt feststeht, denn sie gehören mittlerweile zum vergessenen Amerika, schreibt Schneider.

Überraschende Demographie

Vier „Überraschungen“ zur globalen Bevölkerungsentwicklung hält **Nicholas Eberstadt** vom **American Enterprise Institute** bereit (http://www.aei.org/news/newsID.21076/news_detail.asp). Der Experte für politische Ökonomie hat herausgefunden, dass die so genannten Sub-Replacement-Geburtsraten in vielen Teilen der Welt mittlerweile die Norm sind. Bestimmte Nationen – arme wie reiche – erlebten derzeit ungewöhnlich hohe Sterblichkeitsraten und unnatürliche Ungleichgewichte zwischen der Zahl der männlichen und der weiblichen Bevölkerung. Bislang, erklärt Eberstadt, gelte das Modell der „demographischen Transition“, das der Bevölkerungsforscher **Frank Notestein** bereits 1945 entwickelte. Nach dieser Theorie durchläuft die Bevölkerung fünf Phasen: In der Pre-Transitionsphase gleicht eine hohe Geburtenzahl eine hohe Zahl von Todesfällen aus; in der zweiten, der frühen Transitionsphase wächst zwar die Geburtenzahl, doch weniger Menschen sterben (früh); in der folgenden Mid-Transitionsphase werden weniger Kinder geboren, und die Todeszahl sinkt weiter; in der späten Transitionsphase verstärkt sich diese Entwicklung solange, bis sie sich in der Post-Transitionsphase stabilisiert. Die Phasen gehen mit einer sozio-ökonomischen Entwicklung einher, weshalb man die fünfte Phase bislang vor allem mit den Industrienationen in Verbindung brachte. 2,1 Kinder pro Frau sind notwendig, um die Einwohnerzahl eines Landes stabil zu halten; außer Israel erreiche kein reiches Land diese Quote. Allerdings gelte das neuerdings auch für viele andere Staaten, vor allem in Asien und Lateinamerika, und betreffe damit etwa 50 Prozent der Erdbevölkerung. Und: Auch die arabisch-muslimische Welt ist betroffen, schreibt der Polit-Ökonom. Besonders Algerien, Tunesien, die Türkei, der Libanon und Iran sähen einer geringeren Einwohnerdichte entgegen. Die Geburtenzahl im Iran liegt mit 1,9 niedriger als die der USA, schreibt Eberstadt. 1986 habe sie noch bei 6,0 [!] gestanden. Die Folgen für das „Altern“ der Welt seien bereits jetzt absehbar – und brächten das demographische Mustermodell von Notestein ins Schlingern: So werde

im Jahr 2025 einer von neun Japanern das 80. Lebensjahr überschritten haben – hier stimme das Modell noch: Die Nation wurde vermögend, bevor sie zu altern begann. Umgekehrt werde es sich mit Iran und anderen verhalten: Sie würden alt, bevor sie zu Reichtum gelangen. Zur unausgeglichenen Balance zwischen den Geschlechtern berichtet Eberstadt, dass viel mehr Jungen als Mädchen geboren werden. In China stand das Verhältnis im Jahr 2000 bei 120 Jungen zu 100 Mädchen, Tendenz steigend und dito für Ost-Asien, vor allem Indien, den Kaukasus, Lateinamerika, Osteuropa und die Vereinigten Staaten. Die Konsequenz: Es gibt einen Überschuss an Männern auf dem „Heiratsmarkt“. In mindestens 40 vornehmlich armen Ländern wird die Lebenserwartung gegenüber 1990 sinken, prognostiziert das U.S. Census Bureau. Der häufigste Grund sei HIV/AIDS. Die USA erleben derzeit einen „demographischen Ausnahmezustand“. Das Land hat eine durchschnittliche Geburtsrate von 2,0, die sich nicht auf bestimmte ethnische Gruppen zurückführen lässt, schreibt Eberstadt.

What's New?

Marifeli Pérez-Stable neue Vizepräsidentin des Inter-American Dialogue

Der **Inter-American Dialogue** (<http://www.iadialog.org>), ein Think Tank, der auf die westliche Hemisphäre spezialisiert ist, hat eine neue Vizepräsidentin. **Marifeli Pérez-Stable** lehrt derzeit an der **Florida International University**. Dialogue-Präsident **Peter Hakim** hat sie als Spezialistin für Demokratisierungsprozesse nach Washington geholt.

Positionsverschiebungen bei CATO

Dan Griswold hat einen Karriereschritt nach vorn gemacht. Seit 1998 hatte Griswold beim **CATO Institute** als stellvertretender Direktor des **Center for Trade Policy** gewirkt; nun hat der Spezialist für Immigration und frühere Journalist die Leitung des Centers übernommen. Sein Vorgänger und früherer Chef **Brink Lindsey** bleibt dem Institute erhalten. Er ist neuer Vizepräsident für Forschung, eine Position, die es bei CATO bislang noch nicht gab. Lindsey, von Hause aus Anwalt mit Harvard-Abschluss, gilt als führender Kopf in Sachen internationale Handelspolitik und Globalisierung.

J. Robinson (Robin) West und María Otero in das U.S. Institute of Peace berufen

Das **U.S. Institute of Peace** (<http://www.usip.org>), ein überparteilicher Regierungs-Think-Tank, dessen **Board of Directors** vom **Weißem Haus** nominiert und vom **Senat** bestätigt wird, begrüßt **J. Robinson (Robin) West** in seinen Reihen. West übernimmt den Sitz von **Chester Crocker**, dem renommierten Professor der **Georgetown University**. West ist der Gründer von **PFC Energy**, einer international agierenden Consulting-Firma, die vornehmlich im Ölgeschäft tätig ist. Gleichzeitig rückte **María Otero** auf den Vize-Chair des Institutes auf. Otero arbeitet auf dem Gebiet der Mikrofinanz und war noch von Präsident Clinton nominiert worden. Ihr Vorgänger beim Institute of Peace ist der weltbekannte Soziologe **Seymour Martin Lipset** von der **George Mason University**.

Ökonom Albert Keitel geht zu Carnegie

Albert Keitel, führender Ökonom des amerikanischen Finanzministeriums, widmet sich künftig der Forschung. An seiner neuen Wirkstätte, der **Carnegie Endowment for International Peace**, wird er sich der chinesischen Wirtschaft widmen. Das **China-Programm** der Stiftung erhält außerdem Verstärkung von **Dexi Liu**, der für einige Zeit von Pekings zentraler Parteischule nach Washington kommt. Carnegie heißt den Professor für chinesische Politik und internationale Strategie als neuen **Kimsey Scholar** willkommen. Er will sich mit den Dreiecksbeziehungen zwischen China, Russland und den USA beschäftigen. Das Kimsey Scholar Programm ist auf den Austausch von chinesischen und amerikanischen Eliten ausgerichtet.

Auch einen Deutschen zieht es zu Carnegie. **Rolf Schütte** vom **Auswärtigen Amt** nutzt sein Sabbatjahr, um sich bei Carnegie vier Monate lang mit der EU-Osterweiterung zu beschäftigen. Der Diplomat forscht im Rahmen des **Russian and Eurasian Programs**, das **Anders Aslund** leitet.

CFR erklärt Regierungsbildung im Irak

Der **Council on Foreign Relations** hat einen weiteren Bildungsauftrag übernommen. Von Mitte August an klärt er auf seiner Homepage über den **Irakischen Nationalrat** auf.

(http://www.cfr.org/background/background_iraq_inc.php#)

Diesen hatten ca. 1100 prominente Iraker aus allen Teilen der Gesellschaft als Interimsregierung bis zum Januar 2005 gewählt. Dann stimmt das irakische Volk über die Zusammensetzung des 275-köpfigen Parlaments ab. Gleichzeitig hatte sich der Irakische Regierungsrat aufgelöst. An der Wahl hatten fast alle Parteien teilgenommen, die einst gegen Saddam Hussein gewesen sein sollen. Exilführer **Ahmed Chalabi** hat sich daran beteiligt. Zwar hat das Gremium keine Gesetzgebungsmacht, doch es bestimmt über die Zusammensetzung der Regierung und den Haushalt.

Bibliographie

Ted Galen Carpenter, Keeping Our Eye on the Ball Regarding North Korea, CATO Institute, Washington, DC, August 2004. <http://www.cato.org/dailys/08-06-04.html>.

Ted Galen Carpenter, Yet Another Drug War Failure, CATO Institute, Washington, DC, August 2004. <http://www.cato.org/dailys/08-13-04-2.html>.

Council on Foreign Relations and Pew Research Center for the People and the Press, Eroding Respect for America Seen as Major Problem. Foreign Policy Attitudes Now Driven By 9/11 And Iraq, New York und Washington, DC, August 2004, <http://www.cfr.org/pdf/CFRPEW.pdf>.

Nicholas Eberstadt, The North Korean Nightmare, American Enterprise Institute, Washington, DC, August 2004. http://www.aei.org/news/newsID.21080,filter.all/news_detail.asp.

Nicholas Eberstadt, Four Surprises in Global Demography, On The Issues, American Enterprise Institute, Washington, DC, August 2004. http://www.aei.org/news/newsID.21076/news_detail.asp.

Mark Falcoff, The Prospect, Latin America Outlook, American Enterprise Institute, Washington, DC, August 2004. http://www.aei.org/publications/pubID.20968/pub_detail.asp.

James E. Goodby und Donald G. Gross, America and South Korea: An Alliance That Needs to Be Mended, Brookings Institution, Washington, DC, August 2004. <http://www.brook.edu/views/op-ed/goodby/20040806.htm>.

Nicole Mlade und Paul James, Repairing the Damage, Reaffirming Our Commitment to Democracy in the Americas, Center for American Progress, Washington, DC, August 2004. http://www.americanprogress.org/site/pp.asp?c=biJRJ8OVF&b=139408#_ftnref1_ftnref1.

Sharon Otterman, Iraq. The National Conference, Council on Foreign Relations, New York, August 2004, http://www.cfr.org/background/background_iraq_inc.php#.

Peter G. Peterson, Riding for a Fall, Foreign Affairs, September/Oktober 2004.

William Schneider, Which Way Do You Cut It?, American Enterprise Institute, Washington, DC, August 2004. http://www.aei.org/news/newsID.21079,filter.all/news_detail.asp.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

The Heritage Foundation – Economy Watch: www.economywatch.org

Hoover Institution: www-hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

Progressive Policy Institute: www.ppionline.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 7. September 2004